



KURZDOSSIER ZUR LANDTAGSWAHL 2021

In diesem Kurzdossier fassen wir unsere Empfehlungen und Forderungen für die kommende Legislaturperiode zusammen. Für ausführliche Informationen verweisen wir auf unser **Positionspapier zur Landtagswahl.** »
(www.fluechtlingsrat-lsa.de/positionspapiere/)



→ **Forderungen und Positionen des Flüchtlingsrats mit Wahlprüfstein-Antworten der Parteien**

[PDF-Download]

Im Sinne eines weltoffenen Sachsen-Anhalts, welches die Menschenrechte verteidigt, sollte das Regierungsprogramm für die Wahlperiode 2021 bis 2026 folgende Verabredungen enthalten:

Asyl und Aufnahme

- ✦ Einbeziehung der Perspektiven geflüchteter Menschen in Aufnahmeprozesse
- ✦ Erarbeitung und Umsetzung individueller Gewaltschutzkonzepte landesweit in allen Unterkünften
- ✦ dezentrale Unterbringung in Wohnungen so früh wie möglich
- ✦ verbindliches Landesaufnahmeprogramm mit Vereinbarungen zur Aufnahme eines bestimmten Kontingents von Schutzsuchenden
- ✦ Bereitschaft zur überquotalen Aufnahme von Schutzsuchenden, die z.B. aus Seenot gerettet wurden
- ✦ kostenloser Internetzugang für alle Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften und Landeserstaufnahmeeinrichtungen über einen WLAN-Zugang
- ✦ Verkürzung der Verweildauer in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen auf höchstens vier Wochen

Bildung und Teilhabe

- ✦ Anspruch auf Integrationsförderung ab dem ersten Aufenthaltstag und Sicherstellung entsprechender haupt- und ehrenamtlicher Förder- und Unterstützungsstrukturen vor Ort
- ✦ Vereinbarung eines Landesgesetzes zur Integrationsförderung bzw. Integration zur kommunalen Pflichtaufgabe erklären
- ✦ konsequente Umsetzung des Digitalpaktes
- ✦ Begrenzung des Ermessensspielraums der Ausländerbehörde bei Erteilungen einer Beschäftigungserlaubnis auf ein Minimum per Erlass
- ✦ Senkung der Hürden für das Instrument der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung (§60c & §60d AufenthG) per Erlass
- ✦ Adaption des Konzeptes „Spurwechsel“ und dadurch die Möglichkeit durch Arbeitsaufnahme langfristig in Deutschland bleiben zu können

Gesundheitsversorgung

- ✦ Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (im Rahmen des AsylbLG)
- ✦ Einführung des Behandlungsscheins (BeSA) zur medizinischen Versorgung Unversicherter
- ✦ Zugang zu ausreichender psychosozialer Betreuung und Therapiemöglichkeiten mit entsprechender Sprachmittlung und Finanzierung sicherstellen
- ✦ eine Gesetzesinitiative zur Abschaffung des AsylbLG im Bundesrat einbringen bzw. unterstützen



Migrantische Selbstorganisation

- ✦ Selbstorganisationen von Migrant*innen und Geflüchteten bei allen Fragen einbeziehen, die Migration und Flucht betreffen
- ✦ unkomplizierte und niedrigschwellige Förder-, Beteiligungs- und Identifikationsmöglichkeiten schaffen, v.a. durch aktives und passives Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen

Abschiebungen und Bleiberecht

- ✦ umfassende Beratung über alternative aufenthaltsrechtliche Perspektiven und rechtliche Voraussetzungen zu Bleiberechtsregelungen, Ausbildungsduhlung, Härtefallkommission
- ✦ keine Unterbringung von in Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam Genommenen in regulären Justizvollzugsanstalten sowie sorgfältige Prüfung milderer Mittel
- ✦ keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete oder in drohende Verelendung
- ✦ Einsetzen auf Bundesebene für eine Liberalisierung der bestehenden Bleiberechtsregelungen, wie z.B. Erweiterung der Zielgruppe und Altfallregelung
- ✦ Vereinbarung einer Zielvorgabe: stichtagsunabhängiges Aufenthaltsrecht statt Langzeitduldungen
- ✦ gesetzliche Regelung zum Geschwisternachzug und Ausschöpfung des Kontingents beim Familiennachzug

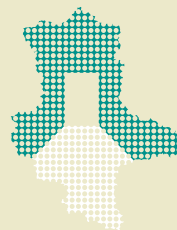
Rassismus und Diskriminierung

- ✦ Verabschiedung eines merkmalsübergreifenden Landesantidiskriminierungsgesetzes, das die Schutzlücken des Bundesgesetzes schließt
- ✦ nachhaltige Finanzierung prodemokratischer und anti-rassistischer Arbeit
- ✦ unabhängige Studie zu Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Behörden
- ✦ Weiterbildungsangebote wie Antirassismus- und Empowermenttrainings für Behördenmitarbeitende, Schulbedienstete und Sicherheitspersonal

Impressum

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt

Der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt setzt sich für die Anerkennung der Rechte von geflüchteten Menschen und die Verbesserung ihrer Lebenssituation ein. Seit 1994 bearbeiten wir landesweit die sozialen und rechtlichen Probleme von geflüchteten Menschen und treten Rassismus und Diskriminierung entgegen.



Geschäftsstelle Magdeburg

📍 Schellingstr. 3-4
39104 Magdeburg

☎ 0391-505 496 13/4

📠 0391-505 496 15

Büro Halle (Saale)

📍 Landsberger Straße 1
06112 Halle (Saale)

☎ 0345-445 02 521

📠 0345-445 02 522

🌐 www.fluechtlingsrat-lsa.de

📘 facebook.com/fluechtlingsrat.lsa

🐦 twitter.com/FlueRa_ST

✉ info@fluechtlingsrat-lsa.de